

Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 25

16.06. bis 22.06.2025

Keine Freigabe für

Ministerielle Absage an die Friedenssoldaten – UN-Flagge weht weiterhin nicht auf Militärgebäuden.

Über die Bemühungen der Vereinigung Österreichischer Friedenssoldaten hinsichtlich der Anbringung der UN-Flagge auf/militärischen Gebäuden wurde berichtet. Jetzt gab es auch eine offizielle Absage. „In einem wortreichen Schreiben erteilte das Bundesministerium für Landesverteidigung nach rund einjähriger Prüfung unseres schriftlich an Verteidigungsministerin Klauudia Tanner herangetragenen Ansinnens ein Absage,“ ärgern sich Gerhard Dujmovits aus Götzens, Präsident der Vereinigung Österreichischer Friedenssoldaten, und Presseoffizier Franz Köfel aus Völs.

Peacekeepers Day

In diesem Antrag wurde er sucht, jährlich am 29. Mai, dem international begangenen Peacekeepers Day der Vereinten Nationen, zum Gedenken an die 52 - seit dem Jahre 1960 bei weltweiten Friedenseinsätzen ums Leben gekommenen österreichischen UN-Soldaten, die militärischen Baulichkeiten und Einrichtungen zusätzlich zur österreichischen Fahne mit der UN-Fahne zu beflaggen.

Im Antwortschreiben

... des Bundesministeriums werden die Verdienste gewürdigt. Weiter im Original: „Gleichwohl gilt es aber natürlich auch jenen österreichische Soldatinnen und Soldaten Tribut zu zollen, die inzwischen schon seit mehreren Jahren auch an einer Vielzahl weiterer EU- bzw. NATO/PfP geführten

Missionen beteiligt sind und es ebenso zum Ziel haben, zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung im Sinne eines weltweiten Friedens beizutragen. In diesem Sinne wäre es sicher sinnvoll und wünschenswert für alle Soldatinnen und Soldaten im Friedenseinsatz einen entsprechenden Gedenktag einzurichten. Aktuell ist jedoch diesbezüglich keinerlei - internationale, europäische respektive nationale - Initiative bekannt.

Wertlose Rhetorik

Dass auch eine solche Initiative - so es eine geben sollte - keine Aussicht auf Erfolg hat, wird gleich im nächsten Absatz vom Ministerium selbst bestätigt. Zitat: „Die offizielle Beflaggung von Kasernen, militärischen Dienststellen und Amtsgebäuden ist wie bereits zuletzt festgestellt in Österreich grund-

UN-Flagge



Präsident Gerhard Dujmovits (rechts) und Presseoffizier Franz Köfel wollen auch weiterhin (UN-)Flagge zeigen.

foto: privat

sätzlich sehr restriktiv geregelt. Tatsächlich ist eine solche im gesamten Bundesgebiet nur für bestimmte Anlässe wie den 1. Mai (Tag der Arbeit), den 5. Mai (Europatag) und am Nationalfeiertag - jährlich -, am 27. April (Wiedererlangung der Selbständigkeit Österreichs) sowie am 15. Mai (Unterzeichnung des Staatsvertrages (15.

Mai 1955) sowie bei Staatstrauer vorgesehen.“ Schlusswort: „Wir müssen daher um Ihr Verständnis ersuchen, dass Ihrem Ansinnen auf eine explizite Beflaggung aller Kasernen mit der UN-Flagge am 29. Mai im gesamten Bundesgebiet vorderhand leider nicht nähergetreten werden kann.“

OIG Rechtsstreit mit Schultz AG

Liste Fritz ärgert sich über die gerichtliche Verschwiegenheitsklausel

OSTTIROL. Das Gerichtsverfahren zwischen der Osttirol Investment Gesellschaft (OIG) und dem Schultz-Konzern ist mit einem gerichtlichen Vergleich am 07. Mai 2025 beendet worden. Die Liste Fritz wollte via Landtagsanfrage unter anderem eruieren, wie hoch die Vergleichssumme ist.

Angefragt wurde Wirtschaftslandesrat Mario Gerber. Dieser gab sich jedoch verschlossen und verwies auf die gerichtlich vereinbarte Vertraulichkeit.

„Mit dieser Aussage versucht sich ÖVP-Landesrat Mario Gerber aus der Affäre zu stehlen. Diese Geheimhaltung ist nicht zu akzeptieren. Es geht um bis zu 5,7 Millionen Euro Steuergeld. Es ist das Recht der Tiroler zu wissen, wie die Landesregierung in ihren Gesellschaften mit dem Geld der Steuerzahler umgeht und wie viel der Schultz-Konzern auf Basis



Klubobmann Markus Sint fordert Transparenz ein.

Foto:Liste Fritz

des Vergleichs zurückzahlen muss. Das Beharren auf Verschwiegenheit und Geheimhaltung lässt mutmaßen, dass der Schultz-Konzern wenig zurückzahlen muss“, befürchtet Klubchef Sint nach Erhalt der 9. Landtagsanfrage in Sachen OIG

gegen Schultz-Konzern.

„Es braucht Transparenz“

Die OIG steht zu 100 Prozent im Eigentum der öffentlichen Hand (75% Felbertauernstraße AG, 25% Land Tirol). Im Jahr 2008 hatte sich die OIG erstmals in ihrer Geschichte an einer Bergbahn beteiligt, mit 25% bzw. 6 Millionen Euro an der Kalser Bergbahn des Schultz-Konzerns. Seit dem Ausstieg 2018 wurde um den Abtretungspreis gestritten. „Für die Beteiligung der OIG an der Kalser Bergbahn haben Landesregierung und OIG offensichtlich einen miserablen Vertrag aufgesetzt. So konnte der Schultz-Konzern beim Ausstieg den Abtretungspreis nachverhandeln. Jetzt braucht es Transparenz statt Geheimhaltung, denn es geht um Tiroler Steuergeld, nicht um privates Geld“, erklärt Sint.



Sie steht – noch. Doch die Rotunde benötigt dringend eine statische Ertüchtigung, wie es heißt.

Foto: Böhm

Rotunde modert munter vor sich hin

Das Land bastelt an einem Budget zur Bestandserhaltung des leeren Gebäudes. Die Nachnutzung ist weiter offen.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Zuletzt gab Innsbrucks Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA) Tirols Kulturreferent und Landeshauptmann Anton Mattle (VP) einen Korb. Nein, auch er wolle die Rotunde nicht geschenkt haben. So wie auch schon sein Amtsvorgänger Georg Willi (Grüne) nicht. Und so modert die ehemalige Heimat des Riesenrundgemäldes am Innsbrucker Rennweg weiter munter vor sich hin. Nicht still und heimlich – öffentlich. Sozusagen einer der prominentesten ein-

„Es ist höchste Zeit, dass das Gebäude wieder einer Nutzung zugeführt wird.“

Evelyn Achhorne
(FP-Landtagsabgeordnete)

sehbaren Leerstände in der Landeshauptstadt. Und das bereits seit dem Jahre 2010.

Doch dem Land drängt jetzt die Zeit, wie aus einer Anfragebeantwortung des für die Liegenschaften des Landes zuständigen Landeshauptmannstellvertreters Philip Wohlgemuth an FP-Mandatarin Evelyn Achhorne zu entnehmen ist. Zumindest zwischen den Zeilen.

Bereits 2023 war ein in Auftrag gegebenes „statisches Ertüchtigungskonzept“ vorgelegt worden. Und zwar der Abteilung Hochbau. Eines, das noch seiner Umsetzung

harrt. Wohlgemuth führt aus, dass bis dato „kein konkret belastbarer Zeitplan ausgearbeitet“ worden sei, noch sonstige „Meilensteine“ fixiert worden seien: „Sobald das Budget für die Bestandserhaltung vorliegt, wird jedenfalls eine Umsetzung binnen zwei Jahren als realistisch angesehen.“ Im Fokus stehen dabei die Aufrechterhaltung der Statik des denkmalgeschützten Gebäudes sowie die Sicherung der „Schirmkonstruktion“ des Daches (Wassereintritte).

Auch auf TT-Nachfrage wird im Landhaus zu einem Gesamtbudget für die Sanierung geschwiegen. Dafür heißt es, dass das Konzept im Sinne der Sparsamkeit,

Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit „von der künftigen Nutzung nicht losgelöst umgesetzt werden kann“. Das Dach und die Bausubstanz würden regelmäßig kontrolliert. In Abstimmung mit dem Bundesdenkmalamt werde „der Standsicherheit und Substanzerhaltung höchste Priorität“ beigemessen.

Bereits über 100.000 €

Allein in den vergangenen fünf Jahren seien in Summe 105.800 € für hochbautechnische Maßnahmen und Untersuchungen angefallen. Hinzu kämen laut Land jährlich an die 20.000 Euro für Wartungsarbeiten, öffentliche Abgaben und Grünraumpflege.

Achhorne drängt darauf, dass die Rotunde endlich eine Nachnutzung bekommt. Konzepte hierfür gab es genug. Zuletzt jene der Aufnahme des Alpenvereinsmuseums. Letztere wurde laut Land aus Kostengründen verworfen. „Die naheliegendste Nutzung wäre eine Markthalle oder eine Gastronomienutzung. Das wäre auch für den Stadtteil Saggen sehr wichtig, da es kaum noch Gastronomiebetriebe dort gibt“, sagt Achhorne. Vielleicht fände sich ein privater Käufer. Eine Sanierung schätzt Achhorne auf bis zu 15 Mio. €.

Ein Abriss der Rotunde steht nicht zur Diskussion, bestätigt das Land. Aufgrund der Einmaligkeit des Gebäudes sehe das Denkmalamt dies derzeit „nicht als Option“, heißt es.

Diskussion:

Mittwoch, 18. Juni: Auf Einladung von „/studio3, Institut für Experimentelle Architektur“ findet heute in Innsbruck (St. Bartlmä 3, Halle 6) um 17 Uhr ein offenes Gespräch über die Rotunde statt. Dabei geht es einerseits um eine Studien-Präsentation sowie eine Projektvorstellung von Bachelorarbeiten zum Thema. Im Anschluss wird debattiert. Angekündigt haben sich hierfür Vertreter des Bundesdenkmalamtes, der Stadt, des Landes sowie einschlägige Fachexpertinnen.

Koalition lehnt Bahn-Prüfung ab



Die Zillertalbahn tuckert weiter in eine ungewisse Zukunft. Foto: Dähling

Innsbruck – Es war erwartbar und sorgt dennoch für Ärger. Der Verkehrsausschuss des Tiroler Landtages nahm sich gestern erneut der Zillertalbahn an. Auf Antrag der Opposition stand die Forderung nach einer Rechnungshofprüfung auf der Tagesordnung. Dieser war eingebracht worden, um Licht in die Gesellschaft zu bringen, die TT berichtet. Doch gestern war im Ausschuss Endstation für den Prüfungswunsch. VP und SP und

damit die Koalitionsmehrheit lehnten eine Durchleuchtung ab. Bislang war der Antrag abgesetzt gewesen. Grünen und Liste Fritz war sauer aufgestoßen, dass die schwarze Landesregierung einen Bericht der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft unter Verschluss gehalten hatte. Rund um die Pläne zur Umrüstung auf einen Akku-Hybrid-Antrieb gehen seit Monaten die Wogen im Zillertal hoch. (mami)

„Chance ist jetzt da, Junge zu erreichen“

Notfallpsychologin Petra Sansone hat ab 2010 Krisenteams für Schulen entwickelt. Sie erklärt, warum es jetzt wichtig ist, mit Jugendlichen über Graz zu reden.

Momentan sind Schreiben an Tiroler Schulen im Umlauf, die erklären, wie man mit Kindern über die Tat in Graz reden soll. Warum?

Petra Sansone: Das Thema beschäftigt viele, vor allem ältere Jugendliche, stark. Sie informieren sich über kurze Videos, meist in sozialen Medien, und deswegen sollten Eltern und Lehrer sensibilisiert werden – das wird in solchen Informationsschreiben erwähnt.

Sie haben sich bereits vor 15 Jahren, nach Taten in Deutschland, mit dem Thema „School Shooting“ beschäftigt und für Tirol Krisenteams und Notfallpläne entworfen. Was können sie über solche Taten sagen?

Sansone: Ein „School Shooting“ ist meist lange geplant und passiert selten im Affekt. Da es kein einheitliches Täterprofil gibt, ist es dennoch schwierig, sie im Vorfeld zu identifizieren. Ähnlich einer suizidalen Entwicklung kann man vor allem kurz vor der Tat ein verändertes Verhalten im Sinne einer Einengung feststellen. Der Kontakt zur Außenwelt nimmt ab, Fantasien und Aggressionen nehmen zu, die Gedanken kreisen nur um die geplante Tat. Meist werden die Pläne angekündigt, hierbei spricht man vom so genannten „Leaking“.

Sehen Sie die Gefahr von Nachahmungen?

Sansone: Durch die Art der medialen Berichterstattung können in der Fantasie eines Menschen die Taten als jene eines Helden angesehen werden. Das provoziert Nachahmungstaten. Deswegen kommt Medien eine große Verantwortung zu.

Wie kann man an den Schulen vorgehen?

Sansone: Obwohl solche Ereignisse relativ selten sind, man redet von weniger als 10 pro Jahr weltweit, ist es wichtig, in Prävention zu investieren: Selbstbewusstsein der Schüler stärken, Erfolgserfahrungen machen lassen, Ängste abbauen und schulpyschologische sowie sozialarbeiterische Konzepte umsetzen.



Am Sonntag fand in Graz eine Trauerfeier statt. Jugendliche, die selbst Probleme haben, sind nach so einer Tat empfänglicher für Hilfestellungen. Das Fenster schließt sich allerdings wieder.

Foto: APA/Scheriau

Wie können Sozialarbeiter, Psychologen, aber auch Eltern jetzt agieren?

Sansone: Gerade nach einer tragischen Tat sind Jugendliche und junge Erwachsene empfänglicher für Sensibilisierung und Hilfestellung. Es öffnet sich ein Zeitfenster, um darüber zu sprechen. Jetzt ist die Chance da, die Jungen zu erreichen und Hilfe sowie Anlaufstellen zu vermitteln. Das Projekt „Gesund aus der Krise“ zum Beispiel ist grandios, da es ermöglicht, unabhängig von den Eltern Hilfe zu bekommen, auch ohne Überweisungsschein. Die Wartelisten zeigen, wie sehr das Angebot angenommen wird.

Wie ist Tirol aufgestellt?

Sansone: An und für sich nicht schlecht, es gibt viele gut funktionierende Angebote durch die Schulsozialarbeit und Schulpyschologie. Ich sehe das Bildungsministerium in der Verantwortung, kritische Blicke auf Lehrpläne zu werfen und sich zu fragen, wie viel Sinn es macht, wie früher vor allem Wissen zu vermitteln, das man mittlerweile jederzeit verfügbar hat. Es braucht mehr soziale Kompetenzen,

und das zu lernen, dem sollte im Lehrplan viel größere Bedeutung beigemessen werden.

Wo orten Sie Aufholbedarf?

Sansone: Man weiß, dass vor allem höhere Schulstufen von Bedrohungsszenarien betroffen sind, aber in diesen höheren allgemein- und berufsbildenden Schulen gibt es genau einen Sozialarbeiter in Tirol, an der HTL Anichstraße. Da ist Luft nach oben, in diesem Fall ist der Bund gefragt.

Das Thema beschäftigt Sie schon seit Jahren.

Sansone: 2010 fand unter Beteiligung des Landesschulrats, der Polizei und des Roten Kreuzes eine Sicherheitskonferenz statt. Das war der Auftakt für die Erstellung von Notfallplänen zum Umgang mit Bedrohungsszenarien und Amok. Ablaufpläne wurden entwickelt und Krisenteams installiert.

Wie sehen diese Teams aus?

Sansone: Sie bestehen aus der Schulleitung und je nach Schulgröße aus zwei bis vier Lehrkräften. Die Leitung und Steuerung liegt bei der Schulleitung, die je nach Standort verfügbare Ressourcen wie SchulpyschologInnen und SchulsozialarbeiterInnen hinzuzieht. Es gibt viele engagierte Direktoren, die Fortbildungen genutzt haben, um sich auf Krisen vorzubereiten.

Das Gespräch führte
Matthias Christler

Zur Person

Petra Sansone ist unter anderem Notfallpsychologin und leitende Psychologin im Bezirksrettungskommando Innsbruck. Ihre Dissertation hat sie zum Thema „Psychologische Auswirkungen von traumatischen Ereignissen im Kontext Schule“ gemacht. Bis 2025 war sie Leiterin der Kinder- und Jugend GmbH des Landes.



Definition und wo es Hilfe gibt

Amoklauf und „School Shooting“: In der medialen Berichterstattung hat sich bei Ereignissen wie in Graz der Begriff „Amoklauf“ durchgesetzt. Sansone gibt zu bedenken, dass laut der internationalen Klassifikation für Krankheiten (ICD-10) ein „Amoklauf“ eine willkürliche, anscheinend nicht provozierte Episode mit mörderisch-destruktivem Verhalten ist und als Persönlichkeits- und Verhaltensstörung gilt.

Im Gegensatz dazu sei ein „School Shooting“ nicht willkürlich, sondern zielgerichtet gegen eine bestimmte Schule. Es ähnelt im Verlauf eher einer suizidalen

Entwicklung, wie bei einem Suizid sind auch bei „School Shootings“ andere vorinformiert. Daher gilt es, eine Kultur des Hinschauens zu entwickeln.

Hilfe:

- Rat auf Draht: 147 (ohne Vorwahl), rataufdraht.at
- Telefonseelsorge: 142, Onlineberatung telefonseelsorge.at
- Psychosozialer Krisendienst: 0800/400120, krisendienst.tirol
- Notfallpsychologischer Dienst: 0699/18855400, notfallpsychologie.at
- Gesund aus der Krise: 0800 800 122, www.gesundausderkrise.at oder info@gesundausderkrise.at

Kritik: „Veredelung durch Beton? Das ist Zynismus“

GOING. Mit Fassungslosigkeit reagierte die Bürgerinitiative „Stimme für Going“ auf Aussagen des TVB Wilder Kaiser, wonach das geplante Hotel auf einer geschützten landwirtschaftlichen Vorsorgefläche eine „Veredelung“ der Wiese darstellen soll. Wir berichteten bereits über eine ähnlich lautende Kritik seitens der Liste Fritz.

„Wer eine grüne Wiese durch ein Hotel in Wert setzen will, hat den Wert von Natur und Landwirtschaft nicht verstanden“, sagt Günther Hartl, Sprecher der Initiative. „Das ist Zynismus pur. Boden schützt man – man versiegelt ihn nicht.“

Laut Hartl ist die Umwidmung einer landwirtschaftlichen Vorsorgefläche nur für öffentliche Zwecke zulässig – ein privates Hotelprojekt falle keinesfalls darunter. Die geplante verbaute Fläche umfasst rund 1,1 Hektar – das entspricht etwa 45 Tennis-



Hotelprojekt im Bereich der Astbergbahn.

Foto: Hubler

plätzen.

„Für jeden Häuslbauer gelten strengste Vorgaben. Doch hier soll ein Investor in einer geschützten Fläche ein Luxusresort errichten dürfen – mit Billigung der Gemeinde? Das wäre ein brandgefährlicher Präzedenzfall“, so Hartl. „Dieses Hotel rettet keinen Lift, sondern spaltet den Ort und zerstört ökologisch wertvolle Flächen“, warnt Hartl.

Die Bürgerinitiative ruft daher zur Teilnahme an der Volksbefragung am 29. Juni auf.

Umfrage soll Pfundser Nein relativieren

Die negative Volksbefragung zum Kraftwerk Kaunertal spiegle nicht die Stimmung im Land wider, sagt die Industriellenvereinigung Tirol.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Die 85 Prozent, mit denen die Pfundser Wähler am Sonntag Nein zu den Ausbauplänen des Wasserkraftwerks Kaunertal der Tiwag gesagt haben, hallen im Lande nach. Auf beiden Seiten der Kraftwerksdebatte.

„Wer Nein sagt, muss auch sagen, wie wir Energie künftig sicher und leistungsfähig bereitstellen.“

Max Kloger (Präsident Industriellenvereinigung Tirol)

Die Tiwag wollte gestern vorerst keine Brücken zur Standortgemeinde (Platzertal) abbrechen. Ob und wie sich Pfunds nämlich im Rahmen der laufenden UVP-Verhandlung per Stellungnahme einbringen wird, ist seit Sonntag wieder offen. Man nehme die Bedenken in Pfunds ernst, versucht Ti-

wag-Bauvorstand Alexander Speckle die Wogen wieder etwas zu glätten. Man setze weiter auf offene Kommunikation: „Pfunds ist auch künftig ein wichtiger Partner auf Augenhöhe.“ Bereits derzeit profitiere Pfunds von den Kraftwerken samt Talschaftsverträgen der Tiwag und werde dies in Zukunft verstärkt tun, so Speckle.

Die Stimmung zu drehen, scheint auch die Industriellenvereinigung Tirol bemüht. Keine 24 Stunden nach dem Pfundser Nein brachte IV-Tirol-Präsident Max Kloger eine eigens in Auftrag gegebene Umfrage (siehe unten) an die Öffentlichkeit. Acht von zehn TirolerInnen stehen dem generellen Ausbau von erneuerbaren Energieträgern demzufolge positiv gegenüber. In erster Linie (74%), um damit unabhängig von Energie-Importen zu werden. Günstigere Strompreise erwarten sich immerhin 60 Prozent der Befragten. Das größte Potenzial



Wird das Kraftwerk Kaunertal ausgebaut, wird das Platzertal (Bild) geflutet. In der Standortgemeinde Pfunds will das die Mehrheit nicht.

Foto: Rapp

für den weiteren Ausbau verorten 86 Prozent im Bereich der Photovoltaik. Die Wasserkraft rangiert auf Platz zwei (73%), gefolgt von Biomasse (52%), Geothermie (49%) und Windkraft (45%).

Leicht im Widerspruch dazu steht freilich, dass sich immerhin 57 Prozent und damit die Mehrheit der Befragten in der IV-Umfrage grundsätzlich für einen Windkraft-Ausbau in Tirol aussprechen. Wobei Ausbau hier zu viel verspricht – vielmehr wäre es wohl ein „Aufbau“. Bis dato wird in Tirol keine größere Windkraftanlage betrieben. Trotz ausgeschriebener Landes-Prämie.

Den Ausbau der Wasserkraft befürworten 70 Prozent. Mit zwei doch interessanten Details: Die Ausbauvariante

via Pumpspeicherkraftwerke und dafür nötige Speichersseen bezeichnen 68 Prozent der Befragten als „sinnvoll“. Genau das plant die Tiwag beim Kraftwerk Kaunertal. Und doch sinkt die Zustimmungsrate für besagtes

„Die Parteistellung von Pfunds im UVP-Verfahren hängt nicht vom Ausgang der Volksbefragung ab.“

Alexander Speckle (Tiwag-Bauvorstand)

Projekt in der Umfrage auf 48 Prozent. 33 Prozent lehnen besagte Ausbaupläne ab. Kloger sieht darin lediglich ein „differenziertes Bild“ und

keinen „überwältigenden Widerstand“. Letzterer, so hält die IV fest, sei lediglich ein „überzogenes Narrativ“. Kloger appelliert deshalb auch an die Adresse der Gegner: „Was wir nicht brauchen, ist ein reflexartiges Dagegen.“

Opposition fordert Machtwort

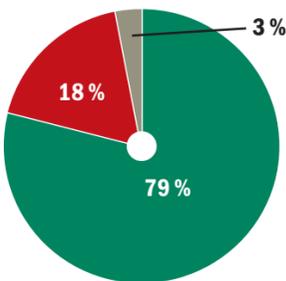
Ob die Industriellenvereinigung Tirol damit auf offene Ohren stößt, darf freilich stark bezweifelt werden. Grüne und WWF hatten bereits am Sonntag nach Bekanntwerden des Pfundser Befragungsergebnisses eine Abkehr von den Kaunertalplänen eingefordert. Am Montag legte die Liste Fritz nach. „Die Menschen sagen ganz klar Nein zu diesem Monsterprojekt. Landeshauptmann Anton Matthe

soll nicht weiter in Schockstarre verharren, sondern seine politische Verantwortung wahrnehmen und das Megaprojekt einstellen“, fordert Klubobmann Markus Sint. Er verweist auf die bereits in Sölden negativ ausgegangene Volksbefragung zu den Wasserableitungen aus der Venter und Ötztaler Ache. Stattdessen habe die Tiwag das Projekt zur Umweltverträglichkeitsprüfung eingereicht. „Passiert ist nichts“, so Sint.

Aus Mattles Büro hieß es gestern auf TT-Anfrage: „Die Landesregierung hat großes Vertrauen in das unabhängige Umweltverfahren. Wesentlich ist, die Energiewende ernst zu nehmen und mit konkreten Projekten zu untermauern.“

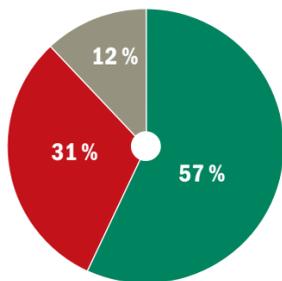
Umfrage der Industriellenvereinigung Tirol: „Wie stehen Sie zum Thema ...“

... Ausbau erneuerbarer Energieträger?



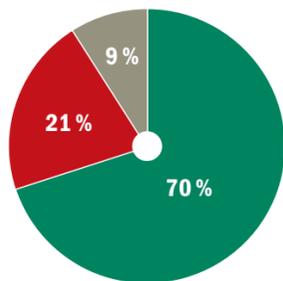
Erneuerbare Energieträger sollen in Tirol weiter ausgebaut werden.
Tirol erzeugt ausreichend erneuerbare Energie und soll nicht weiter ausbauen.
Ist mit egal. / Ich habe keine Meinung dazu.

... Ausbau der Windkraft?



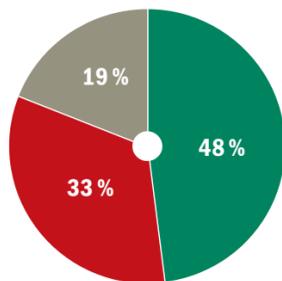
Ich bin für den Ausbau der Windkraft.
Ich bin gegen den Ausbau der Windkraft.
weiß nicht

... Ausbau der Wasserkraft?



Ich bin für den Ausbau der Wasserkraft.
Ich bin gegen den Ausbau der Wasserkraft.
weiß nicht

... Ausbau des Kraftwerks Kaunertal?



Ich befürworte den Ausbau, da er zu Energiespeicherung und Blackoutvorsorge beiträgt.
Ich lehne den Ausbau ab, da er mit erheblichen Eingriffen in Natur- und Landschaftsräume verbunden ist.
weiß nicht

Daten zur IV-Umfrage

Grundgesamtheit:
Bevölkerung in Tirol ab 16 Jahren

Stichprobe:
n = 563

Schwankungsbreite:
max. +/- 4,1%

Methode:
Online-Befragung IMAD Tirol-Panel

Befragungszeitraum:
4. Juni bis 9. Juni 2025

Quelle: IV-Tirol Grafik: Tiroler Tageszeitung

Politik in Kürze

Ein Solo in Rot und ein Wechsel bei den Grünen



Philip Wohlgenuth bleibt ohne Gegenkandidaten. Foto: Falk

Alles andere als die gestrige Bestätigung aus der Landespartei zentrale der Tiroler Sozialdemokratie wäre eine Überraschung gewesen: Landeshauptmann-Stellvertreter und designerter SP-Landeschef **Philip Wohlgenuth** wird sich am 28. Juni am Landesparteitag der Tiroler SP keinem Konkurrenten und keiner Konkurrentin stellen müssen. Wohlgenuth ist der einzige Kandidat für die Wahl zum Landespartei-vorsitzenden. Dafür hat der

ehemalige ÖGB-Tirol-Boss aber prominente Schützenhilfe an seiner Seite, wenn in der Innsbrucker Messe über 380 Delegierte erwartet werden. Wie berichtet, hat sich hierfür nicht nur Vizekanzler und SP-Bundesvorsitzender **Andreas Babler** angekündigt, auch Frauenministerin **Eva-Maria Holzleitner** und Staatssekretärin **Michaela Schmidt** sind vor Ort. Wohlgenuth übernahm das Amt im Vorjahr von **Georg Dornauer**.

Weit mehr Überraschungspotenzial boten da in den vergangenen Tagen schon die Grünen. Wie berichtet, kam es am Freitag zum parteiinternen Hearing um die künftige Geschäftsführung. Die hat bislang **Natascha Chmelar** inne. Ihr Vertrag läuft jedoch regulär mit 31. Jänner 2026 aus. Auf die erfolgte Ausschreibung sollen sich zwei KandidatInnen beworben haben. Dem Vernehmen nach erneut Chmelar, aber

auch der Geschäftsführer der Salzburger Landes-Grünen, **Julius Weiskopf**. Und siehe da: Weiskopf machte das Rennen. Wann genau der Wechsel vollzogen wird, ist noch offen, ein früherer Termin scheint möglich. Weiskopf ist in Tirol kein Unbekannter. Der gebürtige Innsbrucker war bereits im Büro des damaligen Bürgermeisters **Georg Willi**, aber auch Büroleiter der einstigen grünen Soziallandesrätin **Gabriele Fischer**. (mami)



Julius Weiskopf wechselt nach Tirol. Foto: Grüne Salzburg/Pirato

Koalition lehnt Bahn-Prüfung ab



Die Zillertalbahn tuckert weiter in eine ungewisse Zukunft. Foto: Dähling

Innsbruck – Es war erwartbar und sorgt dennoch für Ärger. Der Verkehrsausschuss des Tiroler Landtages nahm sich gestern erneut der Zillertalbahn an. Auf Antrag der Opposition stand die Forderung nach einer Rechnungshofprüfung auf der Tagesordnung. Dieser war eingebracht worden, um Licht in die Gesellschaft zu bringen, die *TT* berichtete. Doch gestern war im Ausschuss Endstation für den Prüfwunsch. VP und SP und

damit die Koalitionsmehrheit lehnten eine Durchleuchtung ab. Bislang war der Antrag abgesetzt gewesen. Grünen und Liste Fritz war sauer aufgestoßen, dass die schwarzrote Landesregierung einen Bericht der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft unter Verschluss gehalten hatte. Rund um die Pläne zur Umrüstung auf einen Akku-Hybrid-Antrieb gehen seit Monaten die Wogen im Zillertal hoch. (*mami*)